

Faustus-Debatte in der SED-Kulturpolitik der 50er Jahre

Inhaltsverzeichnis

[1. Einführung](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR](#)

[2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte](#)

[3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation](#)

[4. Literaturverzeichnis](#)

1. Einführung

„Hübsch provokant ist ja das Ganze [...]“^[1], antwortete Thomas Mann im November 1952 dem Komponisten Hanns Eisler auf seinen Textentwurf des Librettos „*Johann Faustus*“. Diese Bemerkung scheint dabei repräsentativ für die gesamte musikwissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Werk Eislers in der Öffentlichkeit der DDR. Welches Ausmaß diese unkonventionelle Faust-Interpretation auf die Kulturpolitik der DDR wirklich haben sollte und welche Reaktionen durch diesen Text ausgelöst wurden, konnte Thomas Mann dennoch nicht einmal ansatzweise ermessen. Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler entbrannte 1953 am Beispiel dieses Entwurfs eine der grundlegendsten Diskussionen über die künstlerische Verwendung und Verwertung des Werks Goethes. Die, unter dem Namen *Faustus-Debatte* bekannt gewordene, Konfrontation spiegelt die elementare Diskrepanz zwischen einer freien künstlerischen Interpretation des klassischen Erbes auf der einen Seite und der Vorgaben der SED in der Klassikrezeption auf der anderen Seite wider. Der Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Essays soll jedoch keine inhaltliche Analyse der Oper Eislers darstellen, sondern eine nähere Betrachtung des dazugehörigen öffentlichen Diskurses. Inwieweit verfolgte die *Faustus-Debatte* literarische oder politische Intentionen? Welche Bedeutung besaß diese Auseinandersetzung im Rahmen der angestrebten Kulturpolitik der DDR und welche tatsächlichen Absichten verfolgte Eisler mit seinem Libretto? Ziel des Essays ist es, unter Berücksichtigung der

vielseitigen Hintergrundinformationen, die *Faustus-Debatte* aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und in die Politik der SED der 50er Jahre einzuordnen.

2.1 Historischer Hintergrund - Musik in der DDR

In den Gründungsjahren der Deutschen Demokratischen Republik kennzeichnete die SED, neben der Orientierung nach sowjetischem Vorbild, auch die „besondere Pflege des ‚klassischen‘ Kulturguts“[\[2\]](#) als einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Kulturpolitik. Nachdem die Geschichtspolitik der DDR zunächst durch eine pessimistische Sicht auf die deutsche Vergangenheit gekennzeichnet war, wurde die verfolgte „*Misere-Theorie*“ ab 1950 stückweise zurückgenommen. Die „Lasten des deutschen Versagens“[\[3\]](#) wogen zu schwer auf dem jungen Geschichtsbewusstsein der Deutschen Demokratischen Republik. Innerhalb der Umstrukturierung und Umgestaltung aller Lebens- und Arbeitsbereiche nach einer positiven programmatischen Linie der Einheitspartei, wurden auf der Basis des sozialistischen Realismus Dogmen in Kraft gesetzt, die einen Rückgriff auf die Klassik postulierten. Auf welche Art und Weise die Auseinandersetzung mit den traditionellen nationalen Errungenschaften gestaltet werden sollte, wurde jedoch klar vorgegeben. Aus der absoluten Mustergültigkeit der Vorgaben und ihrer bedingungslosen Deutungsvariationen resultierte geradezu eine Entpolitisierung und Instrumentalisierung der Kunst für die politischen Intentionen der SED in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz. Warum aber wählte die DDR gerade die deutsche Klassik als einen ihrer zentralen „Gründungs- und Orientierungsmythen“[\[4\]](#)?

In erster Linie hatte die SED durch den Verweis auf die deutsche Historie und Tradition die unvergleichliche Gelegenheit, sich aus der Vergangenheit heraus in der Gegenwart zu legitimieren. Dadurch stieß sie nicht nur auf große Zustimmung bei der Bevölkerung, die sich eher von nationalen als von sowjetischen Vorbildern angesprochen fühlte. Zudem konnte sie, Bezug nehmend auf die klassischen deutschen Ideale, ihre eigenen kulturpolitischen Vorstellungen verbreiten. Die Verflechtung der deutschen Klassik mit der Programmatik der DDR beinhaltete aber auch politische Brisanz. Der gemeinsame historische Hintergrund wurde auch in der Konfrontation der Bundesrepublik mit der DDR aufgegriffen. Im Kampf um die Rechtmäßigkeit des eigenen deutschen Staates wurde die „Geschichte als Waffe“[\[5\]](#) eingesetzt. Im Mittelpunkt des

„Klassikzentrismus“[\[6\]](#) standen dabei die Werke Johann Wolfgang von Goethes und Friedrich Schillers. Durch die aufwendigen Inszenierungen des Goethe-Jahres 1949 und des Schiller-Jahres 1955 versuchte die SED einen nationalen Enthusiasmus in der gesamten Bevölkerung auszulösen.

Die scheinbar grenzenlose, von der Parteispitze angeordnete, Begeisterung gipfelte darin, dass Goethe zum „Taufpaten der DDR“[\[7\]](#) ernannt wurde und der Ausspruch „Schon Goethe“[\[8\]](#) zu einem Schlachtruf in der Kulturpolitik dieser Zeit avancierte. Schlüsselbegriffe, wie Nationalität, Sozialismus und Identität, wurden eindrucksvoll aus den berühmten Stücken des deutschen Dichters herauskristallisiert. Dabei wurde die Figur des Doktor Faustus zu einem positiven Helden stilisiert, der als Vordenker und Visionär einer sozialistischen Staatsform umgedeutet wurde.

2.2 Hanns Eislers „Johann Faustus“ und die Faustus-Debatte

Hanns Eisler gilt als einer der bedeutendsten Komponisten der Deutschen Demokratischen Republik. Er arbeitete an vielen musikalischen Kompositionen, Büchern und Zeitschriftenartikeln, die sich überwiegend großer Beliebtheit erfreuten. Außerdem arrangierte Eisler die Musik für die Nationalhymne des sozialistischen Staates, für die er im Oktober 1950 den Nationalpreis I. Klasse der DDR erhielt. Deswegen scheint es aus der heutigen Perspektive besonders interessant, dass Hanns Eisler mit dem Stück „*Johann Faustus*“ für eine Oper berühmt geworden ist, bei der die Musikbegleitung nie von ihm komponiert wurde. Diese „Oper ohne Musik“[\[9\]](#) wurde 1952 publiziert und löste im darauf folgenden Jahr eine große kulturpolitische Welle der Kritik im SED-Regime aus. Um diese Reaktionen beurteilen zu können, wird im Folgenden kurz auf den Inhalt des Librettos eingegangen. Eisler projiziert die Figur des Goethe'schen Faust in die Zeit nach dem Deutschen Bauernkrieg, der 1524/25 immense Auswirkungen auf Deutschland besaß.

Im 16. Jh. konnten und wollten die Bauern die Repressalien der herrschenden Feudalgesellschaft nicht mehr länger hinnehmen und forderten ihre eigenen Rechte. Weiterhin greift Hanns Eisler die Rolle der beiden Kontrahenten Martin Luther und Thomas Müntzer für die damalige Zeit auf. Während Müntzer die Aufstände der Bauern unterstützte, war Luther entschieden gegen diese Art und Weise, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Im ersten Akt des Stückes schließt Faust, der aus einer Bauernfamilie stammt, ein Abkommen mit Mephisto,

um den unerträglichen Erinnerungen des Verrates an seinen Mitmenschen und seiner Untätigkeit in den Bauernaufständen entfliehen zu können. Im Gegenzug dazu erhält der Teufel Pluto, als Auftraggeber Mephistos, Fausts Seele. Beide reisen im zweiten Akt, gemeinsam mit Fausts lebenslustigem Diener Hanswurst, nach Atlanta in die USA.

Doktor Faustus muss jedoch mit seiner Gefolgschaft erneut nach Wittenberg fliehen, nachdem seine Affäre mit der Hofdame und seine Verwicklungen in den Deutschen Bauernkrieg aufgedeckt wurden. Im dritten und letzten Akt verfällt Faust zunehmend in Depressionen. Seine steigende Anerkennung in der Öffentlichkeit divergiert zu den eigenen Empfindungen, Schuldgefühlen und Leistungen. So bekommt er im Höhepunkt der Oper Eislers für seine „ideologische Hilfe während der Bauernunterdrückung“[\[10\]](#) eine weitere Doktorwürde verliehen, obwohl die tatsächlichen Taten des Faust im völligen Kontrast dazu stehen. Die Gegensätzlichkeit zwischen Luther und Müntzer während und unmittelbar nach dem Deutschen Bauernkrieg greift der Komponist in seiner literarischen Gestaltung auf, indem sich Faust, als bekennender Anhänger Müntzers, am Ende des Librettos Luther zuwendet und ihn umarmt.

Im Zentrum des Entwurfs Eislers steht jedoch nicht der Verrat des Doktor Faustus an seinem gesamten Umfeld, sondern vielmehr die negativen Konsequenzen aus seinen Handlungen. Genau diese pessimistische, zwiespältige und zweifelnde Darstellung des Protagonisten in dem Werk von Hanns Eisler ist der Ausgangspunkt für die Kritiken der SED-Kulturpolitiker. Die intensive Auseinandersetzung der geisteswissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit der DDR mit dem Werk „*Johann Faustus*“ von Hanns Eisler basiert im Kern auf drei Diskussionsrunden, die von Mai bis Juni 1953 in der Akademie der Künste in Berlin veranstaltet wurden. Wortführer der *Faustus-Debatte* waren Alexander Abusch und Wilhelm Girnus aus den Reihen der SED. Alexander Abusch, der zur damaligen Zeit Bundessekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung war, gilt als inoffizielles Mitglied des Ministeriums für Staatssicherheit. Wilhelm Girnus verfügte, als ein Mitglied der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten und als stellvertretender Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, über einen großen Wirkungsbereich in der programmatischen Gestaltung kultureller Angelegenheiten der DDR-Regierung. Zu den weiteren Teilnehmern der so genannten „*Mittwochsgesellschaften*“ gehörten aber auch Autoren, Komponisten, Literatur- und Theaterwissenschaftler,

wie Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Helene Weigel, Walter Felsenstein und Johannes Becher.

Ausgangspunkt der ersten „Mittwochsgesellschaft“ am 13. Mai 1953 waren die Aufsätze „Faust – Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?“ von Alexander Abusch und „Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte“ vom Redaktionskollegium des *Neuen Deutschland*. Ganz im Sinne des Klassikmythos und der Goethe-Rezeption der DDR stellt Alexander Abusch in der Diskussion Faust als einen „großen positiven Held des klassischen deutschen Nationaldramas“^[11] dar, der die „Tragödie des inneren deutschen Freiheitskampfes“^[12] repräsentiert, sinngemäß zu den Anschauungen von Friedrich Engels und Karl Marx. Im gleichen Atemzug verweist Abusch auf die Arbeit von Eisler, der „bisher noch nicht tief genug die Grundfragen unseres patriotischen Kampfes durchdacht und deshalb auch noch nicht eine echte Beziehung zu dem großen Erbe unserer Nationalliteratur“^[13] aufgebaut hat. Der Kritiker erkennt zwar die Ideen Hanns Eislers an, erklärt aber, dass die negative Darstellung des Goethe’schen Faust, als eine zentrale nationale Heldenfigur der DDR, dem klassischen Werk und der vorgegebenen Lesart nicht gerecht werden kann. Wilhelm Girnus beschreibt den „Johann Faustus“ von Eisler in strikter Abgrenzung zu seinen anderen Arbeiten, die große Zustimmung im SED-Regime erhielten. Er schließt seine Ausführung damit ab, dass die Figur des Faust in dieser Interpretation „pessimistisch, volksfremd, ausweglos, antinational“^[14] ist und somit abzulehnen ist. Eine der wenigen befürwortenden Stimmen in diesem Diskurs war der Beitrag „Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg“ von Ernst Fischer.

Diese positive Rezension des Librettos wurde bereits ein halbes Jahr vor der öffentlichen Auseinandersetzung publiziert. Aufgrund von zum Teil provokativen Formulierungen, wie der Beschreibung des „deutschen Humanisten als Renegaten“^[15] oder der Faust-Figur als „Zentralgestalt der deutschen Misere“^[16], bot der Artikel für die Kritiker dieser Faust-Inszenierung viele Angriffspunkte. Nicht nur, dass die Gegner des „Johann Faustus“ von Hanns Eisler in diesem Text Bestätigung ihrer Vorwürfe fanden, auch der Autor Ernst Fischer selbst rückte in das Blickfeld der Diskutanten. Im Verlauf der nächsten beiden „Mittwochsgesellschaften“ wurde Eisler die Gelegenheit dazu gegeben, sich zu rechtfertigen. Des Weiteren beteiligten sich einige Förderer des Librettos an der Debatte, wie Bertolt Brecht und Arnold Zweig. Dessen ungeachtet war der

Anteil der kritischen Stimmen deutlich größer, als der der Befürworter. Kurz vor der dritten und letzten Diskussionsrunde wurden im *Neuen Deutschland* zudem Leserbriefe abgedruckt, die Aufsehen erregend ihre Ablehnung gegenüber dem Werk Eislers Ausdruck verleihen sollten. So illustrieren „vier ‚Werkstätige‘[...] ihre ‚Empörung‘ gegen ‚eine so frivole Verhöhnung des vielleicht genialsten und dem deutschen Volke teuer gewordenen Meisterwerkes“[\[17\]](#).

Nicht nur der Wahrheitsgehalt und die Urheber der Zeitungsbeiträge sind zu hinterfragen, sondern auch ihr Publikationsort im *Neuen Deutschland*. Schließlich endeten die drei „*Mittwochsgesellschaften*“ mit dem Verbot der Oper „*Johann Faustus*“ und dem Rückruf der noch nicht verkauften Exemplare des Textentwurfes zur Einlagerung in den Kommissions- und Großbuchhandel in Leipzig. Nach dem Abschluss der *Faustus-Debatte* zog sich Hanns Eisler nach Wien zurück. Enttäuscht über die Ablehnung seines Werkes, beendete er die Arbeit an seiner Interpretation des Faust, ohne die dazugehörige Musik zu seiner Oper komponiert zu haben. Schon im Oktober 1953 bat er die SED um Erlaubnis, wieder in die DDR zurückzukehren. Die Zustimmung von der Parteiführung wurde Eisler erst 1955, also rund zwei Jahre später, erteilt. Das Libretto „*Johann Faustus*“ wurde nach einigen erfolglosen Versuchen erst 1982 durch das Berliner Ensemble in der DDR uraufgeführt. Nach einer Vertonung des Textes durch Friedrich Schenker konnte das Stück Eislers erst 2004 in Kassel verwirklicht werden, als Oper mit musikalischer Begleitung.

3. Fazit - Die kulturpolitische Konfrontation

Bei der Einordnung der *Faustus-Debatte* in die Kulturpolitik der DDR wird schnell deutlich, dass die negative Darstellung des Protagonisten nicht der damaligen programmatischen Klassikrezeption entsprach. Kaum hatte Walter Ulbricht 1952 endgültig die „*Misere-Theorie*“ revidiert und an das nationale Bewusstsein der Bevölkerung appelliert, publizierte Hanns Eisler seinen „*Johann Faustus*“. Während die DDR gerade einen unvergleichlichen „geschichtspolitischen Schöpfungsakt“[\[18\]](#) von einer pessimistischen und hoffnungslosen zu einer vaterlandsliebenden und optimistischen Konfrontation mit der Vergangenheit vollzog, illustrierte Eisler einen Faust, der das genaue Gegenteil zu all diesen Bestrebungen darstellte. Verdeutlicht man sich diesen Sinnzusammenhang, musste das Libretto des Komponisten unabwendbar auf großen Widerspruch treffen.

Welche Bedeutung aber besaß die *Faustus-Debatte* für die SED-Politik? Zunächst wurde an dem Werk Eislers ein Exempel statuiert. Sein „*Johann Faustus*“ entsprach nicht den Richtlinien und musste folglich geahndet werden. Die *Faustus-Debatte* konzentrierte sich jedoch nicht allein auf Hanns Eisler. Auch Befürworter dieses Stückes, wie Ernst Fischer und Bertolt Brecht, gerieten in die Kritik der Teilnehmer der „*Mittwochsgesellschaften*“. Zudem fand nicht nur eine politische, sondern auch eine detaillierte literarische Auseinandersetzung mit dem Textentwurf Hanns Eislers statt. Des Weiteren dienten die Diskussionsrunden auch dazu, sich des politischen Standortes des Autors zu vergewissern. Denn Hanns Eisler war kein Parteimitglied, hatte mehrere Jahre in den USA verbracht und besaß dadurch noch viele internationale Kontakte. Außerdem bildeten einige seiner Melodien, die er zu Liedtexten von Ernst Busch verfasst hatte, die Grundlage für Jazz-Stücke und fielen somit in der DDR dem ‚Formalismusvorwurf‘ zum Opfer.

Überdies war einer seiner größten Sympathisanten Bertolt Brecht, der mit seiner eigenen Faustinterpretation auch in die Kritik der DDR geraten war. Gemäß der Staatspolitik der SED gehörte Eisler zu einem Personenkreis der kulturellen Öffentlichkeit, der zwangsläufig unter engerer Beobachtung stand. Beschäftigt man sich mit der Musik im SED-Regime von 1949 bis 1969 näher, kristallisieren sich zwei Charaktere der musikalischen Elaborate heraus: „DDR-Musik und Musik aus der DDR“[\[19\]](#). Auch wenn der Unterschied zwischen beiden Intentionen hauchfein scheint, ist er für die Bewertung der *Faustus-Debatte* von enormer Aussagekraft. Die Musiker in der DDR zerteilten sich in zwei Lager. Auf der einen Seite standen diejenigen, die sich mit der vorgegebenen Klassikrezeption der Kulturpolitik arrangierten und teilweise auch identifizierten. Diesen Künstlern standen Musiker gegenüber, die sich innerhalb ihres Schöpfungsprozesses nicht von der SED-Programmatik beeinflussen ließen. Das Bemerkenswerte an dieser Differenzierung ist, dass alle Künstler auf ihre Art und Weise versuchten, mithilfe ihrer Arbeit einen Beitrag zum Aufbau des sozialistischen deutschen Staates zu leisten. Somit sind die Musiker, die ungeachtet vorgegebener Normen komponierten, nicht sofort als Gegner der DDR zu verstehen, sondern einzig und allein als Kritiker ihrer „staatlichen Pseudomusikästhetik“[\[20\]](#). Zu diesen Künstlern zählt Hanns Eisler.

Als ein bekennender Kommunist mit der Wahlheimat DDR, versucht er seiner künstlerischen Freiheit und Kreativität Ausdruck zu verleihen - ohne jedoch die

vorgegebenen politischen Paradigmen zu berücksichtigen. Der Übergang zwischen einfachem Experimentieren mit allen möglichen Mitteln und deren Verwirklichung im legalen Rahmen der SED-Bestimmungen scheint fließend zu sein. Auf der anderen Seite muss sich Eisler der Bedeutung seiner Publikation bewusst gewesen sein, wenn er die Entwicklung in der Kulturpolitik der DDR verfolgt hatte. Als ein renommierter und gefeierter Komponist konnte er großen Einfluss auf die kulturelle Gestaltung des neuen deutschen Staates ausüben. Welche Absichten verfolgte er also mit seinem Opernlibretto? Unterstellt man der Konzeption des „*Johann Faustus*“ politische Motive, so muss die inhaltliche Umsetzung des Goethe-Klassikers eindeutig als Verstoß gegen die propagierte Klassik-Rezeption gewertet werden. Kontrastiert man diese Hypothese mit der Arbeitsweise von freien Künstlern, kann man schließlich keine eindeutige Antwort auf die Frage geben.

Nicht nur die Intentionen Hanns Eislers bleiben undurchsichtig, sondern auch die der Mitstreiter in der *Faustus-Debatte*. Da die Kulturpolitik in den ersten Jahren der SED-Herrschaft zum Aufgabenbereich der Parteispitze gehörte und noch nicht über das Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert wurde, sind auch die Absichten der Diskutanten essentiell für eine Beurteilung des Entscheidungsprozesses. Welche Rolle spielte eigentlich Alexander Abusch bei der Diskussion? Als Urheber der „*Misere-Theorie*“ hätte er doch diesen schwermütigen Zugang zum Goethe'schen Faust als einen letzten Versuch der Umsetzung seiner Theorie unterstützen können. Doch Abusch, der genau in diesem Zeitraum unter näherer Beobachtung der SED stand, versuchte höchstwahrscheinlich in der *Faustus-Debatte* seine Parteitreue zu demonstrieren. Köster illustriert, dass Abusch vormittags über die richtige Faust-Interpretation diskutierte und sich nachmittags in geheimen Befragungen behaupten musste. Für Wilhelm Girnus hingegen scheint die Debatte eine Herzensangelegenheit. Für ihn war Goethe die Verkörperung alles Positiven und der Hoffnung, die ihm angeblich dabei geholfen hat, die Zeit im KZ Sachsenhausen zu überstehen. Insgesamt ist die *Faustus-Debatte* als Ausdruck einer literarischen und kulturpolitischen Konfrontation mit dem Klassiker J. W. von Goethes zu werten.

Die Kulturpolitiker, welche individuellen Beweggründe sie auch dazu bewogen haben mögen, mussten bezüglich der Zuwiderhandlung der musikalischen Doktrin der SED-Regierung reagieren bzw. Stellung beziehen. Insofern stellen die „*Mittwochsgesellschaften*“ und das Verbot der Oper eine unverkennbare und

einschneidende politische Einflussnahme auf das Libretto „*Johann Faustus*“ dar. Letztendlich sind die systemkritischen Beiträge von Hanns Eisler und Bertolt Brecht in den 50er Jahren Einzelfälle und scheinen somit keinen großen Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der DDR, abseits politischer Programmatik, gehabt zu haben.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Abusch, Alexander: Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61.

Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976.

Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151-174.

Eisler, Hanns; Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur - Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 246-247.

Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21-36.

Köster, Maren: Negative und positive Helden? Probleme der Rezeption der Faustus-Debatte, in: Hanns Eislers »Johann Faustus«. 50 Jahre nach Erscheinen des Operntextes 1952. Symposium, hrsg. v. Peter Schweinhardt, Wiesbaden 2005, S. 95-108.

Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers „Johann Faustus“. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S.91-101.

Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns

Eisler, Leipzig 1996.

Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11.

Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152-165.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Fußnoten:

[1] Mann, Thomas: Briefwechsel über „Faustus“, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur - Sonderheft Hanns Eisler, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin 1964, S. 247.

[2] Wißmann, Friederike: Klassik als Auftrag und Selbstentwurf - Faust-Vertonungen in der DDR, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 152 - 165, hier S. 152.

[3] Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 67.

[4] Dietrich, Gerd: „Die Goethepächter“. Klassikmythos in der Politik der SED, in: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht, hrsg. v. Lothar Ehrlich/ Gunther Mai, Köln/ Weimar/ Wien 2000, S. 151 - 174, hier S. 151.

[5] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 71.

[6] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 160.

[7] Dietrich, Gerd, „Die Goethepächter“, S. 160.

[8] Wißmann, Klassik als Auftrag und Selbstentwurf, S. 153.

[9] Betz, Albrecht: Hanns Eisler. Musik einer Zeit, die sich eben bildet, hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, München 1976, S. 191.

- [10] Betz, Hanns Eisler, S. 195.
- [11] Abusch, Alexander: Faust - Held oder Renegat in der deutschen Nationalliteratur?, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 47-61, hier S. 53.
- [12] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 52.
- [13] Abusch, Faust - Held oder Renegat, S. 60.
- [14] Neues Deutschland, Redaktionskollegium: Das »Faust«-Problem und die deutsche Geschichte, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S.91-101, hier S. 101.
- [15] Fischer, Ernst: Doktor Faustus und der deutsche Bauernkrieg. Auszüge aus dem Essay zu Hanns Eislers Faust-Dichtung, in: Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus". Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans Bunge/ Brecht-Zentrum Berlin, Berlin 1991, S. 21 - 36, hier S. 27.
- [16] Fischer, Doktor Faustus, S. 27.
- [17] Zit. nach: Schebera, Jürgen: Nachbemerkung. Oper ohne Musik, in: Johann Faustus, Hanns Eisler, Leipzig 1996, S. 162.
- [18] Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 69.
- [19] Tischer, Matthias: Musik aus einem verschwundenen Staat, in: Musik in der DDR. Beiträge zu den Musikverhältnissen eines verschwundenen Staates, hrsg. v. Matthias Tischer, Berlin 2005, S. 1-11, hier S. 7.
- [20] Tischer, Musik aus einem verschwundenen Staat, S. 8.
-

Die historische Mission der DDR

Inhaltsverzeichnis

[1. Vorwort](#)

[2. Hauptteil](#)

[2.1 Das Nationale Dokument](#)

[2.2 Die historische Mission der DDR](#)

[2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse](#)

[3. Schlussbemerkung](#)

[4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

1. Vorwort

Als nach dem Bau der Berliner Mauer die Teilung Deutschlands für jedermann unübersehbar wurde und eine zuvor von BRD und DDR propagierte Wiedervereinigung in weite Ferne zu rücken schien, sah sich die SED zu einer Anpassung ihrer bisherigen Einheits-Rhetorik gezwungen. Eine bedeutende Rolle kam dabei dem *Nationalen Dokument* zu, das am 17. Juni 1962 vom *IV. Nationalkongress der Nationalen Front* verabschiedet wurde. Auf dieses Dokument und dessen geschichtspolitische Bedeutung werde ich nun folgend näher eingehen.

2. Hauptteil

2.1 Das Nationale Dokument

Das nationale Dokument über *Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands* zielte im Wesentlichen darauf ab, den Anspruch der DDR-Eigenstaatlichkeit zu untermauern. Und dies geschah nun nicht mehr allein mit dem aus der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens abgeleiteten Rechtmäßigkeitsanspruch. Denn daneben trat nun auch

eine historische Komponente, die die DDR zu legitimieren helfen sollte. So sprach man u.a. davon, dass die DDR „der einzige rechtmäßige deutsche Staat auf Grund der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit und der Tatsache [sei], daß in ihm jene Kräfte an der Macht sind, die von der Geschichte zur Führung des deutschen Volkes berufen wurden und deren Politik mit den Interessen der Nation übereinstimmt. [...] Er ist das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte.“[\[1\]](#)

Diese Argumentation versuchte man mit beispielhaften Vorgängen aus der neueren und neuesten Geschichte zu stützen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Arbeiterklasse. Ihr bedeutungsvolles Wirken als „geschichtliche Kraft“ erlangte diese demnach erstmals in der Märzrevolution von 1848, wo „Karl Marx und Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten im Namen der jungen Arbeiterklasse die Forderung [erhoben], ganz Deutschland zu einer unteilbaren demokratischen Republik zu erklären. In ihr sollte die ökonomische und politische Macht der feudalabsolutistischen Kräfte, vor allem des preußischen Militarismus, beseitigt werden.“[\[2\]](#)

Das Ganze mündet schließlich in der propagandistischen Parole, dass die DDR, „die sich in Einklang weiß mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, [...] mit der Vollendung des Aufbaues des Sozialismus, mit der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission nicht warten [könne], bis die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse den Sieg errungen haben.“[\[3\]](#) Als revolutionäre Kraft träte die Arbeiterklasse für die Interessen des gesamten deutschen Volkes ein, wobei die vom Imperialismus verursachte Teilung Deutschlands nur von ihr aufgehoben werden könne. Doch wer nach diesen starken Worten zu vermuten meint, dass sich die DDR mit dem *Nationalen Dokument* ausschließlich von der BRD abgrenzen und sich historisch legitimieren wollte, der irrt! Wieder einmal ging es auch darum, zweigleisig zu fahren und nicht die Einheitsrhetorik aus den Augen zu verlieren. Daher wird im vorletzten Passus (VI.) des *Nationalen Dokuments* explizit auf *Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten* eingegangen. Dort wird die Ansicht vertreten, dass, trotz der unüberwindbaren ideologischen Differenzen zwischen BRD und DDR, nur „die friedliche Koexistenz die Gewähr eines friedlichen Miteinanderlebens und eines friedlichen Wettbewerbs der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“[\[4\]](#) bieten würde.

Als Mittel zur Lösung der nationalen Frage schlug man eine vorübergehende

Konföderation vor, die, gekennzeichnet durch eine Zusammenarbeit auf verschiedenen politischen und ökonomischen Ebenen, den Weg für eine spätere Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland ebnen sollte. Doch trotz dieser Einheitsrhetorik ging man seitens der DDR-Führung inoffiziell davon aus, dass eine längere Periode der Existenz zweier deutscher Staaten bevorstehen würde. Diese zunächst hinter vorgehaltener Hand vom Politbüro der SED getroffene Einschätzung sollte spätestens Anfang 1967 ihren Niedergang in der Öffentlichkeit finden.

So war es Walter Ulbricht selbst, der am 12. Januar 1967 bei einer Zusammenkunft des Autorenkollektivs *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* die Gelegenheit nutzte, deutlich zu machen, dass wegen der Entwicklungen in der BRD eine Wiedervereinigung bis auf weiteres nicht realistisch sei. Dies geschah vor allem unter dem Hintergrund der am 1. Dezember 1966 zwischen CDU und SPD gebildeten *Großen Koalition*. Deren, maßgeblich von der SPD vorangetriebene, „neue Ostpolitik“ drohte aus Sicht der DDR die eigene Deutschlandpolitik langfristig zu unterlaufen, u.a. deshalb, da ja eine Abgrenzung von der BRD und der damit verbundene Anspruch einer Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis ganz oben auf der Agenda stand.

Da passte es überhaupt nicht ins Konzept der politischen Führung in der DDR, dass die BRD mit den anderen Ostblockstaaten auf Schmusekurs ging und es zu einem Aufweichen der verhärteten Fronten, womöglich sogar zu einer gegenseitigen diplomatischen Anerkennung von Ostblockstaaten und BRD kommen könnte. Nicht zuletzt ob dieser Tatsache kommt im Rahmen des *Nationalen Dokuments* und im Laufe der 60er Jahre der die DDR legitimierenden Geschichtsbetrachtung eine weitaus größere Rolle zu: Ziel war es, „die Legitimität der DDR aus der Vergangenheit her abzustützen, die gesamte deutsche Geschichte so darzustellen, als ob sie von ihren Anfängen an auf die DDR-Gründung und das ‚entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus‘ zugelaufen wäre. Es sollte [...] die DDR als [...] der Kernstaat einer zukünftigen wieder in einem staatlichen Gehäuse organisierten deutschen Nation“^[5] erscheinen. Der im Nationalen Dokument der Arbeiterklasse zugesprochenen herausragenden Bedeutung wurde im 8-bändigen *Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Rechnung getragen.

In diesem von einer Kommission unter Vorsitz Walter Ulbrichts verfassten

Dokument, das im April 1963 vom ZK der SED gebilligt wurde, kam es zu einer vertiefenden Darstellung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Darin hob man u.a. hervor, dass es der deutschen Arbeiterklasse in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg trotz materieller Notlage, alliierter Besatzung und Millionen „von der Naziideologie verseucht[en]“[\[6\]](#) Menschen im „harten Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte“[\[7\]](#) gelungen sei, den Sozialismus aufzubauen.

2.2 Die historische Mission der DDR

Der bereits im *Nationalen Dokument* angeklungene Anspruch der DDR, der einzig rechtmäßige, von der Geschichte legitimierte deutsche Staat zu sein, fand auch seine Verankerung in der Verfassungserneuerung aus dem Jahre 1968. Ganz im Sinne des zuvor konstruierten Geschichtsbildes bezeichnete man im Artikel 1 der Verfassung die DDR als einen sozialistischen Staat deutscher Nation, der gemeinsam mit den „Werkträgern in Stadt und Land [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“[\[8\]](#) sollte. Dieser hätte gemäß Artikel 6 „getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und [...] eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“[\[9\]](#) betrieben. Gemäß ihrer historischen Deutung sah sich die DDR nunmehr der BRD um eine Epoche voraus. Dies wurde u.a. damit begründet, dass in der DDR „auf der Grundlage der geschichtlich überlieferten eine neue, humanistische, eine sozialistische Kultur“[\[10\]](#) entstünde, während solche Bemühungen in der BRD „von den antihumanistischen Einflüssen des deutschen Militarismus, des Klerikalismus und der Unkultur des amerikanischen Imperialismus“[\[11\]](#) erstickt würden.

Die imperialistische Bourgeoisie habe in den zwei letzten Kriegen ihren Führungsanspruch endgültig verwirkt, weshalb es nun der Arbeiterklasse, respektive der sie führenden Partei, der SED, obliege, die deutsche Nation zu führen. Die bürgerliche Nation (BRD) war in diesem Sinne die rückständige, die sozialistische Nation die fortschrittliche. Die DDR wurde als historischer Höhepunkt in der deutschen Geschichte glorifiziert, während die BRD in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stünde. Die BRD wurde als von den imperialistischen Westmächten herausgelöster „Separatstaat“ angesehen. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre wurde vom Politikbüro der SED damit beauftragt, „das gesellschaftliche System des Sozialismus als Ganzes

und in seinen Teilsystemen wissenschaftlich zu durchdringen, die entsprechenden Modelle für die Planung und Leitung auszuarbeiten, alle Werktätigen ständig mit neuen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen und sie zu befähigen, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen.“[\[12\]](#)

Bei der ideologischen und geschichtsphilosophischen Interpretation der Weltgeschichte im Sinne des Sozialismus spielte die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels eine herausragende Rolle. Lothar Berthold, der damalige Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, umriss Anfang 1966 die Grundzüge des nationalen Geschichtsbildes der DDR:

1. Allein die Arbeiterklasse ist zur Führung der deutschen Nation berufen.
2. Die Arbeiterklasse kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird.
3. Die Arbeiterklasse ist unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der Lage, alle Schichten des Volkes zusammenzufassen und zum Sozialismus zu führen.
4. Das Studium der Geschichte der Arbeiterklasse stärkt das sozialistische Bewußtsein und fördert den sozialistischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus.
5. Das Geschichtsbild vermittelt Kenntnisse über die allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.
6. Das Geschichtsbild besitzt für die gesamte deutsche Arbeiterklasse Gültigkeit.
7. Die Ausarbeitung des Geschichtsbildes ist selbst Bestandteil des Klassenkampfes.[\[13\]](#)

Beim Versuch, das Fundament eines sozialistischen Geschichtsbildes zu entwickeln, wurden „erstmalig Nationsverständnis und marxistisch-leninistisches Geschichtsverständnis - wenn auch hölzern und rudimentär - verknüpft. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild wurde von der SED als inhaltlicher Kern eines allgemein zu verbreitenden sozialistischen Geschichtsbewußtseins aufgefaßt.“[\[14\]](#) Im weltpolitischen Maßstab wurde dabei die allgemeine und für jedermann verständliche Losung ausgegeben, dass es einen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus (bzw. Imperialismus) gäbe, wobei Ersterer obsiege. Diese Konfrontation beider Systeme entsprach der marxistisch-

leninistischen Weltanschauung. Um dieses Geschichtsbild in die Köpfe bzw. ins Bewusstsein der Menschen zu transportieren, bediente man sich unterschiedlichster Elemente.

Eines davon war, bei den alle fünf Jahre stattfindenden Jubiläumsfeiern zum Bestehen der DDR den Stand der Entwicklung des Sozialismus zu bilanzieren und die Bevölkerung zu animieren, auf dem sozialistischen Weg voranzuschreiten. In „Betrieben, Institutionen und Schulen wurden ‚Traditionszimmer‘ oder ‚Traditionsecken‘ eingerichtet, im normalen Alltag gab es unzählige Zeichen, die subkutan, allein durch ihre dauerhafte und selbstverständliche Präsenz, das historische Bewußtsein der Bevölkerung prägten, etwa Straßen- und Städtenamen (Karl-Marx-Stadt), Denkmäler zur Entwicklung der DDR, Briefmarken, Wandzeitungen, Plakate und Spruchbänder.“[\[15\]](#)

2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse

Die Anfang der 60er Jahre mit dem *Nationalen Dokument* ausgerufene historische Mission der Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung war, wie bereits deutlich geworden sein sollte, zuvorderst eine nationale Mission, da sich die DDR gegenüber der BRD als historisch rechtmäßiger deutscher Staat zu legitimieren bzw. abzugrenzen versuchte. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild der DDR bewegte sich in den 60er Jahren also in einem nationalen Rahmen. Doch nicht nur das: Ulbricht stellte 1967 auf einer Tagung fest, dass der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“[\[16\]](#) sei. Damit widersprach er der sowohl von Marx als auch Lenin vorgenommenen Sozialismus-Definition, wonach der Sozialismus nur eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus darstelle. Desweiteren stellte sich das Nationsverständnis der DDR als sehr widersprüchlich heraus.

Denn mal sprach man von der gesamten deutschen Nation, dann wieder davon, dass die DDR der deutsche Nationalstaat sei. Dies lässt sich damit erklären, dass die SED, „um den ostdeutschen Wiedervereinigungsanspruch ideologisch zu bekräftigen, am Verständnis einer sozialistischen Nation ‚im Übergangsstadium‘ fest[hielt], ohne daß die DDR-Geschichtswissenschaftler dieser ein Fundament im Geschichtsverständnis des historischen Materialismus hätten geben können. In der Endphase der Ära Ulbricht schälte sich ein Widerspruch zwischen dem abgrenzenden Geschichtsbild und dem auf ganz Deutschland abzielenden

Nationsverständnis deutlich heraus. Hierin reflektierte sich das für die DDR konstitutive Spannungsverhältnis zwischen Eigenstaatlichkeit und überstaatlichem Anspruch.“ [17] Dieser Konflikt zwischen Nation und Staatlichkeit löste sich erst mit der im Jahr 1971 vollzogenen grundlegenden Revision der Haltung der SED zur nationalen Frage auf.

3. Schlussbemerkung

Mit dem *Nationalen Dokument* thematisierte die SED die Deutschlandfrage, und zwar unter zwei Gesichtspunkten: Einerseits versuchte man, die DDR als den einzig rechtmäßigen deutschen Staat gegenüber der BRD abzugrenzen. Dies geschah unter Hinzunahme einer neuen Komponente, nämlich des Vorhabens, die DDR historisch zu legitimieren. Dazu bediente man sich der Konstruktion eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes, nach dem die DDR in einer historischen Mission den Sozialismus verwirkliche. Das Ganze geschehe unter der Führung der Arbeiterklasse als revolutionäre bzw. historische Kraft sowie der marxistisch-leninistischen Partei, also der SED.

Hierbei handelte es sich jedoch um eine historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, womit sich das Ganze in einem nationalen Rahmen bewegte - schließlich wollte sich die DDR im Wesentlichen gegenüber der laut Ideologie in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stehenden rückständigen bürgerlichen Nation BRD als die fortschrittliche sozialistische Nation behaupten und eine Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis für sich in Anspruch nehmen.

Andererseits sprach man davon, dass man willens sei, eine friedliche Koexistenz mit der BRD anzustreben. Dies sollte im Rahmen einer Konföderation geschehen, in der die beiden deutschen Teilstaaten insbesondere auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kooperieren und den Grundstein für eine Wiedervereinigung von BRD und DDR legen würden. Diese Einheitsrhetorik wiederum führte jedoch zu einem Konflikt mit dem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit bzw. dem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild der DDR.

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331).

Das nationale Dokument über „die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962.

Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.

Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002.

Fußnoten:

1. Das nationale Dokument über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962, S. 21.
2. Ebd. S. 21.
3. Ebd. S. 28.
4. Ebd. S. 34.
5. Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973, S. 53.
6. Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186), S. 145f.

7. Ebd. S. 145f.
 8. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
 9. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
 10. Nationales Dokument, S. 25.
 11. Ebd. S. 26.
 12. Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 139-140.
 13. Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331), S. 228.
 14. Erdmann S. 142.
 15. Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002, S. 98-99.
 16. Neues Deutschland, Nr. 252 vom 13.9.1967, In: Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 67.
 17. Erdmann S. 152.
-

Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichtspolitik

Inhaltsverzeichnis

[1. Hauptteil](#)

[1.1 Der historische Hintergrund zum 17. Juni 1953](#)

[1.2 Die geschichtspolitische Relevanz](#)

[1.3 Ein „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch?](#)

2. Fazit

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Hauptteil

1.1 Der historische Hintergrund zum 17. Juni 1953

Die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 erfolgte in einer Phase allgemeiner Unzufriedenheit – so führte u.a. die „Forcierung des schwerindustriellen Aufbaus [...] in eine ‚chaotische Wirtschafts- und Versorgungslage‘[1] – in der Bevölkerung, die nicht zuletzt durch einen *Neuen Kurs*, nämlich der Ausrufung eines sozialistischen Aufbaus, hervorgerufen wurde. Der *Neue Kurs*, der in der formalen und rasanten Übernahme des Gesellschaftsmodells der Sowjetunion bestand, brachte neben den verschärften Verfolgungen politisch Andersdenkender auch verstärkte ökonomische Zwangsmaßnahmen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft mit sich, die zu einer Destabilisierung der Wirtschaft und einem damit verbundenen sprunghaften Ansteigen der Fluchtbewegung (z. B. Bauern und Intellektuelle) aus der DDR führten. Trotz dieser schwierigen Lage erhöhte die politische Führung der DDR am 28.5.1953 in den VEB die Arbeitsnormen um mindestens 10%, was den Kessel endgültig zum Überlaufen brachte. Wohl erst auf „Druck der KPdSU hin nahm die SED-Führung am 9.6.1953 viele der auf der 2. Parteikonferenz 1952 beschlossenen Maßnahmen des verschärften Klassenkampfes zurück, nicht aber die Normerhöhung für die Arbeiter [...]. Ein Streik der Bauarbeiter vom Morgen des 16. Juni 1953 weitete sich zum politischen Generalstreik am 17. Juni 1953 aus, der nur durch das Eingreifen der sowjetischen Armee unterdrückt werden konnte.“[2] Dieses militärische Vorgehen, das viele Tote (etwa 51) und Verletzte forderte, sicherte den Machterhalt der SED. Nach offiziellen Angaben des DDR-Innenministeriums belief sich die Gesamtzahl der am Aufstand Beteiligten auf „496 765 Personen, manche neuere Forschungen gehen heute von bis zu einer Million aus. [...] Die Gesamtzahl der Verhaftungen belief sich später auf 13000; rund 5600 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, die zwei Todesurteile und zahlreiche langjährige Zuchthausstrafen für Beteiligte der Erhebung nach sich zogen.“[3]

Nun folgend hinterfrage ich, wie die DDR-Führung die Ereignisse geschichtspolitisch deutete.

1.2 Die geschichtspolitische Relevanz in der DDR

Wie nun reagierten die in der DDR politisch Verantwortlichen auf die Volkserhebung? Welches Bild zeichneten sie von den eben beschriebenen Ereignissen? Die Antwort: Bereits am Abend des 17. Juni wurde seitens der DDR-Regierung die zukünftige geschichtspolitische Interpretation der Volkserhebung vorgegeben. Zunächst sprach man seitens des von Marschall Sokolowski geleiteten Krisenstabs der Sowjetunion von einer „faschistischen Provokation“, da man die Ereignisse als vom Westen provoziert ansah und diese Begründung dazu nutzte, die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen in Alarmzustand zu versetzen. Etwas später stellte Walter Ulbricht in einer Regierungserklärung fest, dass die „Unruhen [...] das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihren Helfershelfern aus deutschen kapitalistischen Monopolen“[4] seien. Diese Sicht der Dinge fand schließlich auch in einer Erklärung des ZK der SED vom 21. Juni 1953 ihre Manifestierung:

„In Westdeutschland saßen und sitzen die amerikanischen Agenturen, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiten. In Westdeutschland und Westberlin organisierten die Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die unmittelbare Vorbereitung des Tages X. So wurde im Ministerium von Jakob Kaiser mit aktiver amerikanischer Unterstützung unter dem Tarnnamen 'Forschungsbeirat' ein spezieller Stab für Diversions- und Bürgerkriegsakte geschaffen, dem Millionen Mark aus den Geheimfonds aus- und inländischer Imperialisten zuflossen. In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteurers geflossen ist. [...] An Hand der in den Westberliner Agentenzentralen vorbereiteten Listen wurden vorübergehend faschistische und kriminelle Verbrecher aus den Haftanstalten herausgeholt, wie z. B. die wegen bestialischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der demokratischen Justiz verurteilte SS-Kommandeuse des Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn. So sollte in

der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zur Einheit und Frieden verlegt werden.“[5]

Dieses Deutungs- bzw. Argumentationsmuster seitens der politischen Führung in der DDR sollte das DDR-Geschichtsbild zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 in der Folgezeit maßgeblich prägen. Da gab es nur ein Problem: Die vermeintlichen Rädelsführer bzw. westlichen Drahtzieher der Volkserhebung konnten nicht dingfest gemacht werden. Das mit der Aufspürung und Festnahme der „Organisatoren der Provokationen“ beauftragte Ministerium für Staatssicherheit (MfS) brachte diese Tatsache in ernste Bedrängnis. So räumte der Chef des MfS, Ernst Wollweber, am 11. November 1953 auf einer Dienstkonferenz ein, „dass es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, nach dem Auftrag des Politbüros die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches vom 17. Juni festzustellen.“[6] Wenn auch gerade kurz nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 diese Tatsache des Mangels an Beweisen viele Richter der DDR-Justiz in Verlegenheit brachte und es vereinzelt zu Verweigerungen dieser kam, Haftbefehle zu unterzeichnen, setzte sich in der Folge die SED-Linie durch - nicht zuletzt deshalb, weil das MfS Richter unter Druck setzte, der politischen Linie zu folgen bzw. da man willfährige Richter mit dieser Aufgabe betraute.

Später sprach man seitens der politischen Führung etwas abgewandelt vom „konterrevolutionären“ Putsch. So ist in einem DDR-Geschichtslehrbuch von 1971 für Schüler der 10. Klasse zu lesen, dass es am „17. Juni 1953 [...] Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste [gelang], [...] einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten [...] Durch das entschlossene Handeln der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten [...] brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen“[7]. Diese absurde und falsche Darstellung der wirklichen Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 war bis zum Ende der DDR fester Bestandteil der Geschichtspolitik der politischen Führung, die alles tat, um die Auseinandersetzung mit den besagten Vorgängen - die die SED einst in tiefe Verunsicherung stürzten und sie aus der Angst heraus, dass sich so etwas wiederholen könnte, zu einem Ausbau des Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparates veranlasste - aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

Doch wie sehr dieses Geschehen auch noch Jahrzehnte später in den Köpfen vieler Menschen herumgeisterte, gerade auch bei den Machthabern der DDR,

zeigt sich beispielsweise bei einem Treffen der Generalität des MfS am 31.8.1989, also kurze Zeit vor dem Mauerfall, wo sich Erich Mielke besorgt fragte: „Ist es so, dass Morgen der 17. Juni ausbricht?“[8] Noch viel präsenter und gewichtiger war das „Angsttrauma“ 17. Juni 1953 im Bewusstsein der SED-Funktionäre und des MfS natürlich in der Zeit unmittelbar nach der Volkserhebung verankert: „Alle Jahre wieder wurde durch die Staatssicherheit am 17. Juni ‚erhöhte Alarmbereitschaft‘ proklamiert. Es wurde mit ‚feindlichen Provokationen‘ gerechnet. Die Aktionen so genannter ‚Feindorganisationen‘ wie des ‚Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen‘ (Ufj) oder der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ (KgU) wurden beobachtet. Im Inland wurde der leiseste Anschein einer Widerständigkeit peinlich genau registriert und [...] unterdrückt.“[9]

1.3 Ein „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch?

Die bereits beschriebene geschichtspolitische Deutung der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 seitens der politischen Führung der DDR als „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer“ Putsch, die bis zum Fall der Mauer aufrechterhalten wurde, stellt sich als haltlos heraus. Natürlich war eine umfangreiche Aufarbeitung der Nazi-Diktatur in diesen frühen Jahren der beiden deutschen Teilstaaten nicht annähernd geleistet, aber dass sich eine faschistische Untergrundbewegung daran machte, einen Putsch in der DDR zu organisieren, konnte trotz intensivster Bemühungen der SED, eben dies aufzudecken, nicht nachgewiesen werden. Vielmehr wird aus historischen Quellen deutlich, dass man seitens der SED eifrig darum bemüht war, die eigene geschichtspolitische Propaganda bzw. Rhetorik zu stützen, die man schon publik machte, bevor auch nur ansatzweise die Ereignisse rund um den 17. Juni aufgearbeitet wurden. So heisst es in einem Fernschreiben (Nr. 228) Walter Ulbrichts an die Bezirksleitung Cottbus vom 22. Juni 1953:

„Es ist notwendig, alles Tatsachenmaterial zu beschaffen, über faschistische und andere reaktionäre Kräfte, über Diversanten und andere Banditen aus Westdeutschland und Westberlin und aus der DDR, die in Eurem Bezirk aufgetreten sind. Es ist insbesondere auch notwendig, darüber Tatsachen zu bringen, dass Jugendliche in Westberlin militärisch ausgebildet wurden. Dazu nutzt Euer eigenes Material und setzt Euch außerdem mit staatlichen Stellen in Verbindung. Wir brauchen schnell solches Material, um es in die Presse bringen zu können...“[10].

Diese gezielte Anfrage nach einem bestimmten Personenkreis war symptomatisch für das Bemühen der SED-Führung, die eigene antifaschistische Ideologie zu stützen bzw. von den Ursachen der Volkserhebung abzulenken. Die dann später ins Spiel gebrachte Deutung der Ereignisse als „konterrevolutionärer Putsch“ trifft ebenfalls nicht zu. Denn obwohl „die Streiks vor allem die volkseigenen Betriebe und die im Fünfjahrplan zu schaffenden metallurgischen und energetischen Zentren sowie wesentliche Verkehrsprojekte betrafen, wurden das neu entstandene Volkseigentum und die Existenz der DDR nirgendwo öffentlich in Frage gestellt.“[11] Auch die von der SED in die Welt gesetzte Legende bzw. Verschwörungstheorie vom West-Berliner Radiosender RIAS – der live und ausführlich über die Volkserhebung berichtete –, dieser habe einen aus dem Westen gesteuerten konterrevolutionären Putsch aktiv mitorganisiert, ist ebenso haltlos.

Nicht zuletzt deshalb, weil der Sender sich weigerte, einen Aufruf zum Generalstreik zu senden bzw. es den Reportern und Gastrednern untersagte, dies zu tun, was dem RIAS später nicht nur Kritik aus dem Westen, sondern auch seitens enttäuschter Bürger der DDR einbrachte. Deshalb sollte man jedoch nicht die Rolle der westlichen Medien im Allgemeinen und des RIAS im Speziellen als „Katalysator“ der Volkserhebung unterbewerten. Denn richtigerweise stellte der damalige Chef der deutschen Redaktion des RIAS, Egon Bahr, fest: „Zum erstenmal wurden Verantwortung und Macht eines elektronischen Mediums deutlich, das, ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die am Lautsprecher hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlasst ... Der RIAS war ohne zu wissen ... zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“[12] Und in der Tat hatte der RIAS durch seine live ausgestrahlten und sympathisierenden Kommentare und Berichte zu den Ereignissen des 17. Juni einen nicht geringen Einfluss auf die selbigen, gerade auch bezüglich der Mobilisierung der Streikenden.

Doch dies war weder von langer Hand geplant, noch zentral koordiniert worden. Darüberhinaus konnte auf der westlichen Seite bzw. bei den Westmächten kein Interesse daran bestehen, die direkte Konfrontation mit der Sowjetunion zu suchen und einen militärischen Konflikt zu provozieren bzw. zu riskieren. Dass der Volkserhebung bzw. den Protesten zuvorderst eine große Unzufriedenheit der

Bevölkerung über ökonomische und soziale Missstände in der DDR zugrunde lag, entsprach da schon eher der Realität. Aber dies selbstkritisch in aller Öffentlichkeit eingestehen bzw. eine gesellschaftliche Debatte über die real existierenden (Miss-)Verhältnisse zulassen konnte und wollte die SED-Führung nicht. Vielmehr war sie nun mehr als zuvor damit beschäftigt, den eigenen Machterhalt zu sichern. Das spiegelt sich auch in folgenden Auszügen der *Erklärung des Zentralkomitees der SED* vom 21. Juni 1953 wider: Danach sei es nun erforderlich, „den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren, die Ordnung aus eigenen Kräften auf feste Grundlagen zu stellen und die Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung zu sichern.“[13]

Diesem ideologischen Weltbild der SED entspricht es, dass der erwähnte faschistische Feind bereits a priori da ist, bevor er überhaupt empirisch in Erscheinung tritt. Demnach ist der Feind „eine Denkfigur, der Feind ist denkstrukturell schon da, bevor er auftritt; die Systemstelle ist frei und kann mit wechselnden Figuren besetzt werden, kurz: es ist Wahrnehmung und Auslegung empirischer Phänomene aus der Perspektive des vorgängigen Weltbildes“[14], das von marxistisch-leninistischer Natur ist. Somit kann der 17. Juni 1953 als „Trauma der Partei gelten, als Datum, an dem die ideologischen Fiktionen der SED, etwa die Fiktion von der Einheit von Partei und Arbeiterklasse, [...] beim Versuch ihrer Realisierung demaskiert werden, kurz: als Datum, an dem die SED eine Lektion über den tatsächlichen Stand der Dinge erhält“[15].

Nicht umsonst befand sich die Partei-Führung kurz nach den Ereignissen in einem wahren Schockzustand und intern kam eine kritische Diskussion auf, wie es sie in späteren Zeiten kaum mehr geben sollte. Die Methoden zur Ausübung der Macht wurden seitdem weitaus flexibler gehandhabt und die radikale Klassenkampf-Politik maßgeblich zurückgefahren, so dass sich die Lebensverhältnisse für alle Bevölkerungsschichten zu verbessern begannen. Die Erkenntnis für die SED bestand also auch darin, dass der zuvor gefahrene radikal-ideologische Kurs nach sowjetischem Vorbild so nicht weitergeführt werden konnte. Die eben beschriebene Entwicklung wurde allerdings auch und gerade durch den vorherigen Tod von Josef Stalin am 5. März 1953 und die Politik der neuen sowjetischen Führung begünstigt. So hieß es in einem Beschluss dieser *Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik*: „Infolge der Durchführung einer fehlerhaften

politischen Linie ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden ... Als Hauptursache der entstandenen Lage ist anzuerkennen, dass gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU(B), fälschlicherweise der Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.“[16]

Obwohl es in diesem Beitrag im wesentlichen um die Geschichtspolitik der DDR im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 ging, soll abschließend noch hinzugefügt werden, dass dieser natürlich auch im Westen all zu oft politisch instrumentalisiert bzw. in verzerrender Art gedeutet wurde. In der BRD dominierten hauptsächlich drei geschichtspolitische Bilder: Einerseits war von einer Revolution im Sinne der Französischen von 1789 mit dem Sturm auf die Bastille die Rede, andererseits von einer antitotalitären Gesinnung der Deutschen, die sich, gemäß des Widerstands am 20. Juli 1944 gegen Hitler, nun gegen die SED-Diktatoren Ulbricht, Pieck und Grotewohl auflehnten. „Das letzte dominierende Deutungsmuster [...] lautete: Der 17. Juni hat die durch den Nationalsozialismus beschädigte ‚nationale Würde‘ Deutschlands wiederhergestellt. Der Freiheitsdrang eines Teils des deutschen Volkes und sein Kampf gegen Willkür und Unmenschlichkeit kamen in den Augen vieler Westdeutschen einer geschichtlichen Ehrenrettung der gesamtdeutschen Nation gleich.“[17]

2. Fazit

Das von der SED gezeichnete geschichtspolitische Bild der Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 eines aus dem Westen heraus geplanten und gesteuerten *faschistischen* bzw. *konterrevolutionären* Putsches entbehrt jedweder Grundlage. Vielmehr lenkte man unter Maßgabe der Ideologie des vorherrschenden marxistisch-leninistischen Weltbildes von den eigentlichen Ursachen, nämlich der sozioökonomischen Krise in der DDR, ab. Als Konsequenz aus dieser traumatischen Erfahrung entschärfte die SED-Führung ihre radikale Klassenkampf-Politik zugunsten eines flexibleren Regierungsstils. Im gleichen Atemzuge baute sie jedoch auch den eigenen Machtapparat aus und organisierte diesen straffer, um zukünftig ihre Existenz bedrohende Vorgänge wie die vom 17. Juni 1953 zu verhindern. Auch seitens der BRD waren die geschichtspolitischen

Deutungen dieses Ereignisses oft ideologisch geprägt und für politische Zwecke instrumentalisiert worden.

3. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

BArch, SAPMO, NY 4690/699.

BLHA, Rep. 930, Nr. 721.

Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, 8. Jg., H. 7, Juli 1953.

Flugblatt: „Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953, BLH.A Rep. 930, Nr. 721.

Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 10. Geschichtsbildprägend auch: Geschichte der SED. Ein Abriß.

Grotewohl, Regierungserklärung, 17.6.1953; BArch, SAPMO, NY 4090, Nr. 437, Bl. 16.

Referat des Genossen Staatssekretär Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11. und 12. November 1953; BStU, ZA, BdL/Dok-6111.

Literatur:

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996.

Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk, Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003.

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR, Ursachen - Abläufe - Folgen, Berlin 2003.

Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): Ich liebe euch doch alle, Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990.

Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg – 1. Teil, Brandenburg 2003.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990, Darmstadt 1999.

Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003.

Fußnoten:

[1] Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 95.

[2] Ebd. S. 96.

[3] Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990, Darmstadt 1999, S. 67.

[4] Grotewohl, Regierungserklärung, 17.6.1953; BArch, SAPMO, NY 4090, Nr. 437, Bl. 16, In: Flemming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit, 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 122.

[5] Flugblatt: „Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953, BLH.A Rep. 930, Nr. 721, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg – 1. Teil, 2003, S. 51.

[6] Referat des Genossen Staatssekretär Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11. und 12. November 1953; BStU, ZA, BdL/Dok-6111, S. 4, In: Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR, Ursachen – Abläufe – Folgen, Berlin 2003, S. 252.

[7] Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 10. Geschichtsbildprägend auch: Geschichte der SED. Ein Abriß, In: Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk, Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003, S. 136.

[8] Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): Ich liebe euch doch alle, Befehle und

Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 125.

[9] Wolle, Stefan: Der Juniaufstand in der DDR - Deutung und Rezeption, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 100.

[10] BLHA, Rep. 930, Nr. 721, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg - 1. Teil, 2003, S. 52.

[11] Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg - 1. Teil, 2003, S. 52.

[12] Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 80.

[13] Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei, In: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, 8. Jg., H. 7, Juli 1953, S. 852.

[14] Finke, Klaus: Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 38.

[15] Finke, Klaus: Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953, In: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 39.

[16] BArch, SAPMO, NY 4690/699 S. 79, In: Scheermann, Hans-Dieter: Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Dialog-Heft 10: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg - 1. Teil, 2003, S. 11.[17] Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990, Darmstadt 1999, S. 79.